

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/130

Bonn, den 14. Juni 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

Den Zusammenhalt wahren 49

Überlegene Antwort der Bundesregierung auf Ulbrichts Provokation

2 - 4 117

Laterne an der Bewußtseinslücke

Auf dem Weg zur informierten Gesellschaft

Von Dr. Rainer Kabel

5 31

Die Zeit der "Talfahrt" hat es bewiesen

Hessens Strukturpolitik sicherte die Arbeitsplätze

6 36

Paris und Peking

Hat Mao Einfluß auf die Unruhen in Frankreich?

Von Georg Scheuer, Paris

* * *

*

Den Zusammenhalt wahren

Überlegene Antwort der Bundesregierung auf Ulbrichts Provokation

sp - Bundeskanzler Kiesinger war gut beraten, als er am Tag nach der Verhängung des Paß- und Visumzwanges für den Verkehr von und nach Berlin durch die Machthaber der DDR nach Berlin flog, um dem Senat und der Berliner Bevölkerung die unlösbare Verbundenheit zwischen der Bundesrepublik und dem freien Teil Berlins zu bezeugen. Worte des Protestes nutzen in dieser Lage nicht viel und schon gar nicht wildes Aufbegehren oder Bekundungen ohnmächtigen Zornes. Nur schnelles, wirksames und kühl überlegtes Handeln wird dem Anschlag auf die Lebensfähigkeit des freien Berlin begegnen.

Ulbricht mag auf Verwirrung und Resignation gehofft haben und vielleicht auch darauf, daß in der Bundesrepublik jene Kräfte Rücken- deckung erhalten, die als Antwort auf seine Provokation zu den Metho- den des Kalten Krieges zurückgreifen möchten. Nun, die Antwort, die die Bundesregierung gab und die vorgesehenen Maßnahmen zur Erhaltung der Lebensfähigkeit Berlins entsprechen nicht dem Geist des Kalten Krieges. Die Verbesserungen im nun unbefristeten Berlinhilfegesetz als erste und unmittelbare Reaktion der Bundesregierung sind Ausdruck einer selbst- verständlichen solidarischen Verpflichtung, auf die die Berliner An- spruch haben und die für niemand eine Gefahr bedeutet. Ein ganzes Spektrum von Hilfsmaßnahmen wird Gegenstand der Beratungen des Bundes- kabinetts in den kommenden Tagen sein, Niederschlag eines Engagements, dem sich niemand entziehen kann oder will. Die Verabschiedung der erfor- derlichen Gesetze im Parlament dürfte noch vor der Sommerpause erfolgen.

Gewiß geht es den Machthabern der DDR nicht allein um die heiß be- gehrten Mehreinnahmen an D-Mark, die sie den Bundesbürgern aufgrund des Paß- und Visumzwanges abverlangen, mehr noch gilt ihnen der Ver- such, die Stärke des Zusammenhalts zwischen der Bundesrepublik und dem freien Teil Berlins zu erproben. Gelingen dieser Versuch, so würde dies die politische Landschaft Mitteleuropas in eine unberechenbare Gewitter- zone verwandeln.

Die Bundesrepublik muß und wird das Ihre tun, um solchen Spekula- tionen und Erwartungen möglichst den Boden zu entziehen. Das bedeutet in der Praxis verstärkte Anreize für Investitionen in Westberlin, Ent- spannung der Lage auf dem Wohnungsmarkt durch zusätzliche Abschreibungs- begünstigungen, Förderung des Zugangs junger Arbeitskräfte und auch Verbilligung der Flugreisen von und nach Berlin. Fiskalische Bedenken, so ernst und gewichtig sie angesichts unserer Haushaltslage sind, ha- ben vor übergeordneten Gesichtspunkten zurückzutreten.

Die Berliner bedürfen keiner trostreichen Ermutigungen, sie brau- chen sichtbare Beweise aktiver Solidarität. Nur wir können sie geben. Materielle Interessen der Westalliierten sind durch die von Ulbricht verfügte Einführung des Paß- und Visumzwanges im geteilten Deutschland nicht betroffen und mehr als verbale Proteste sind deshalb von den Westalliierten nicht zu erwarten. Das kann sich ändern, sollte die DDR es wagen, die direkten Rechte der Schutzmächte anzugreifen. Zunächst hat die Bundesregierung die volle Last der Abwehr zu tragen, ohne sich dabei provozieren zu lassen - eben mit Blick auf den Zusammenhalt zwis- chen der Bundesrepublik und dem freien Berlin, den es nun unter er- schwerten Bedingungen zu bewahren und zu festigen gilt.

Laterne an der Bewußtseinslücke

Auf dem Weg zur informierten Gesellschaft

Von Dr. Rainer Kabel

Wert und Erfolg der politischen Bildung sind heute - 23 Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Vornundstaates und beinahe 20 Jahre nach dem Inkrafttreten unseres demokratischen Grundgesetzes - immer noch umstritten. Besonders forsche Kritiker meinen heute sogar, die Sammlung der Rechtsextremen und Unzufriedenen in der NPD und die Zunahme der außerparlamentarischen Opposition, das Revolutionsgeschrei und die Unruhe der Jugend seien äußere Zeichen des Versagens der politischen Bildung in Schule und Volkshochschule, Parteien und Gewerkschaften, die sich seit der Erneuerung der Demokratie in der Bundesrepublik um die Aufklärung des Staatsbürgers bemühen.

Hat die politische Bildung wirklich versagt? Wer die vielfältigen Bemühungen der Gewerkschaften, der Parteien, der Erwachsenenbildungseinrichtungen, der "inneren Führung" der Bundeswehr und die allmähliche Erstarkung der "Gemeinschaftskunde" in den Schulen verfolgt hat, muß feststellen, daß an vielen Orten auf dem Gebiete der politischen Bildung wachsende Erfolge zu verzeichnen sind. Auch Hörfunk und Fernsehen, Zeitschriften und die steigende Zahl politischer Bücher haben zu diesen Erfolgen beigetragen.

Kluft zur Wirklichkeit

Alle diese Bemühungen haben aber, wie Meinungsumfragen und Tests immer wieder beweisen, nicht die nötige Breitenwirkung. Der tiefere Grund dafür liegt nicht in einem "Versagen" der Pädagogen und Referenten, die sich in den Dienst der politischen Bildung gestellt haben, nicht in einer Unzulänglichkeit der politischen Schriften und Sendungen, sondern in einer Erscheinung begründet, die erst in den letzten Jahren deutlicher wurde.

Zwischen der politischen Bildung, wie sie bisher verstanden wurde, und der politischen Wirklichkeit kluft eine immer breiter werdende Lücke. Die politische Bildung hat längst die törichte Idealisierung der harten politischen Machtkämpfe, unter der sie anfangs litt, überwunden. Die Lücke zwischen politischer Bildung und politischer Wirklichkeit kluft tiefer.

Die politische Bildung blieb hinter der raschen Entwicklung der Politik zurück. Politik ist heute komplexer und dynamischer als je zuvor. Die politische Bildung muß sich dieser Dynamik anpassen oder ihr sogar vorauslaufen. Wir stehen heute an einem Wendepunkt der politischen Bildung. Die Phase der Belehrung ist abgeschlossen. Jetzt folgt die Phase der Aktivierung des Staatsbürgers.

Entscheidungen vorbereiten

Durch die immer stärkere Einbeziehung der Bundesrepublik in die Weltpolitik, durch vielseitige völkerrechtliche Bindungen, durch weltweite Entwicklungshilfe ist allein der Bereich der Außenpolitik fast unüberschaubar geworden. In der Innenpolitik spielen nicht mehr die relativ einfach zu verstehenden Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre, wie sie im Gegensatz von Kurt Schumacher und Konrad Adenauer deutlich wurden, die Hauptrolle, sondern weitaus komplexere Probleme mit vielen Zwischentönen.

Ein solches Problem ist beispielsweise die Koalition zwischen CDU/CSU und SPD, in der durchaus gegensätzliche Auffassungen vorhanden sind, aber keine unüberwindlichen Gegensätze, die ein Bündnis unmöglich machen müßten. Angesichts dieser nuancenreichen politischen Gegenwart, die vom politisch Urteilenden und Handelnden ein großes Maß an Einsicht und Verständnis verlangt, wirkte übrigens die Auseinandersetzung über die Notstandsgesetze gelegentlich wie ein Rückfall in die Schwarz-Weiß-Politik des vergangenen Jahrzehnts.

Weil die Politik weiträumiger, verzweigter und schwieriger geworden ist, kann die politische Bildung alten Stils ihr nicht mehr beikommen. Aufklärung über Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, die bisher im Mittelpunkt der Bemühungen stand, ist zwar notwendig, aber sie reicht nicht aus, um die Interessenvielfalt und Weiterentwicklung der pluralistischen Gesellschaft einsichtig zu machen. Institutionenkunde und popularisiertes Staatsrecht, wie sie in der politischen Bildung vielfach ausschließlich vermittelt werden, geben dem Staatsbürger nicht das Bewußtsein, daß es bei der Bewältigung der politischen Probleme der Gegenwart und Zukunft gerade auf seine Mitwirkung ankommt.

Was nützt es ihm, zu wissen, wie viele Mitglieder die Bundesversammlung hat und wie sich der Bundesrat zusammensetzt, wenn er noch nicht einmal weiß, welcher Abgeordnete im Stadtparlament für ihn zuständig ist, wenn in seiner Straße eine Laterne fehlt. Politische Bildung ohne Aktivierung des Staatsbürgers gerät in die Gefahr, totes Wissen zu vermitteln. Politische Bildung muß mit politischem Handeln eng verbunden sein. Die Brücke zwischen Wissen und Handeln, zwischen politischer Bildung und Politik muß von beiden Seiten her gebaut werden. Die Politiker müssen den Staatsbürger mehr als bisher an ihren Entscheidungen beteiligen. Die politische Bildung muß dafür Gelegenheiten schaffen.

Die Einrichtung der politischen Bildung, vor allem die staatsbürgerlichen Bildungsstellen, die Volkshochschulen und Heimvolks-

Hochschulen der verschiedenen Träger, sollten durch die Auslösung ständiger öffentlicher Diskussionen, wie sie etwa vor mehreren Jahren in den USA zwischen den Professoren Linus Pauling und Edward Teller über die Einstellung der überirdischen Atomversuche geführt wurden, die Entscheidungen der Parlamente zu wichtigen politischen Fragen vorbereiten. Im Augenblick bieten sich Themen wie Oder-Weisse-Grenze, DDR-Anerkennung und Wahlrecht an.

Die staatsbürgerlichen Bildungsstätten und die Massenmedien müßten mehr als bisher versuchen, die Erklärungen und Handlungen der Regierungen der Öffentlichkeit zu erläutern und die Stellungnahmen der Opposition, der Wissenschaftler und Spezialisten zur Diskussion zu stellen. Öffentliche Hearings, die durch Hörfunk und Fernsehen übertragen werden, sind ein erster Schritt auf diesem Wege der Umorientierung der politischen Bildung, die allmählich in Politik übergeht.

Gespräche und Hearings mit Abgeordneten und Parteienvertretern, gemeinsam mit den Parteien, denen nach unserem Grundgesetz die Mitwirkung bei der politischen Willensbildung aufgetragen ist, attraktive Schriften, Filme, Funk- und Fernsehsendungen, laufende Unterrichtung über die Stellungnahmen von Politikern, Wissenschaftlern und demokratischen Untersuchungen gehören in die dynamische politische Bildung. Am Ende steht das Engagement des Bürgers in einer politischen Partei, um an den wirklichen Aktionen teilzuhaben. Durch eine solche Aktualisierung der Politik wird die außerparlamentarische Opposition überflüssig und wirkungslos; Demokratieverdrossenheit macht der Einsicht Platz, daß nur das Engagement weiterhelfen kann.

Bildung als Mittler

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", heißt es im Grundgesetz. Daher muß ein immerwährendes Gespräch einsetzen, an dem Politiker, Spezialisten und Bürger gleichermaßen beteiligt sind. Die politische Bildung übernimmt die Mittlerrolle; sie bildet das Forum; sie muß die Vorstellungen der Politiker, die Vorschläge der Wissenschaftler und die Meinungen der Bürger im ständigen, sprachlich und sachlich vermittelnden Austausch der Informationen in einer lebendigen demokratischen Informationsbörse zusammenführen. Die technischen Mittel stehen bereit, um die informierte Gesellschaft zu verwirklichen, an deren Schwelle wir heute stehen. Die informierte Gesellschaft ist die demokratische, pluralistische, von allen Bürgern getragene menschenwürdige Gesellschaft, von der die Sozialisten des 19. Jahrhunderts nur träumen konnten. Wir können sie verwirklichen!

+ + +

Entnommen aus "vorn", sozialdemokratische Monatsschrift in Nordrhein-Westfalen.

Die Zeit der "Talfahrt" hat es bewiesen

Hessens Strukturpolitik sicherte die Arbeitsplätze

sp - Die Ziele der hessischen Wirtschaftspolitik sind die Herstellung und Erhaltung eines stetigen Wirtschaftswachstums, der wirtschaftliche und soziale Ausgleich zwischen den einzelnen Landesteilen. Dazu gehört die Beseitigung struktureller Schwächen und damit die Sicherung der Arbeitsplätze. Wie Hessens Minister für Wirtschaft und Verkehr, der Sozialdemokrat Rudi A r n d t, erklärte, bedient sich die Hessische Landesregierung zur Erreichung dieser Ziele zweier wirksamer Instrumente: der Förderung der Wirtschaft und der systematischen und permanenten Verbesserung der Infrastruktur.

Zur Förderung der Wirtschaft werden bereits seit 1949 in Hessen direkte Staatskredite durch das Land bereitgestellt und Staatsbürgschaften übernommen, nachdem in den ersten Nachkriegsjahren der Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft und die Eingliederung der Flüchtlinge in das Wirtschaftsgefüge im Vordergrund stand. Im Jahre 1951 kam mit dem Hessenplan, dem heutigen Strukturverbesserungsplan, eine dritte Finanzierungshilfe hinzu, die aus außerordentlichen Haushaltsmitteln gespeist wird. An Staatsbürgschaften, Krediten und Zinsverbilligungen wurden der hessischen Wirtschaft von 1954 bis 1967 über 1,2 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt.

Der Verbesserung der Infrastruktur dienen alle Maßnahmen, die die verkehrs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Voraussetzungen zur Industrialisierung und Verbesserung der Wirtschaftskraft abseits der Ballungszentren schaffen. Vor allem können dadurch Industrien angestellt, die Beschäftigten seßhaft und die Arbeitsplätze sicher und krisenfest gemacht werden.

Die Vorteile der aktiven Strukturpolitik der hessischen Landesregierung haben sich in der vergangenen Rezessionsphase während der von CDU/CSU und FDP verursachten wirtschaftlichen "Talfahrt" gezeigt: Hessen mußte im Gegensatz zu anderen Bundesländern keinen Wachstumsverlust hinnehmen. Und mit seiner Wirtschaftskraft steht Hessen heute an der Spitze der Flächenstaaten der Bundesrepublik.

Paris und Peking

Hat Mao Einfluß auf die Unruhen in Frankreich ?

Von Georg Scheuer, Paris

Peking lenke die gegenwärtigen Studenten- und Arbeiterunruhen in Paris, um die amerikanisch-vietnamesischen Friedensverhandlungen in der französischen Hauptstadt zu torpedieren, behaupten in kuriosen Gleichklang führende Kreise im Krenl und im Elysée. Pompidou behauptete, eine "internationale Organisation" stehe hinter der revolutionären Krise, die gegenwärtig de Gaulles 5. Republik erschüttert. Offensichtlich meinte er damit nicht die russisch ausgerichtete Kommunistische Partei, sondern die Chinesen. Ebenso schreibt die Moskauer PRANDA, ultralinke "Abenteurer" im Solde Mao Tse-tungs seien in Paris am Werke.

Was ist daran? Es besteht kein Zweifel darüber, daß Mao von den Pariser Friedensverhandlungen zwischen Washington und Hanoi nicht erbaut ist. Tatsächlich gibt es seit einigen Wochen eine diplomatische Abkühlung zwischen Peking und Paris. Jedoch verfügt Peking bis jetzt in Frankreich nicht über genügend Kräfte und Truppen, um hier Revolutionen oder auch nur Unruhen zu einem beliebigen Zeitpunkt zu inszenieren. Die maoistische Splittergruppe befindet sich in Frankreich noch mehr oder weniger im Stadium der Sekte.

Die Unruhe der Studenten und Arbeiter kommt aus Frankreichs tiefsten Tiefen. Soziologen haben längst gewarnt, wurden aber nicht gehört. Überrascht und überrumpelt sind jetzt nicht nur die Herren des Elysée, sondern auch Gewerkschafts- und Parteiführungen.

Interessant ist immerhin, daß Peking zum Unterschied von Moskau von Anfang an die revolutionären Studenten- und Arbeiterunruhen in Frankreich begrüßte und dabei insbesondere die französische KP-Führung als "revisionistisch" und "verräterisch" attackierte. Noch interessanter ist, daß der Name General de Gaulles bei diesen Gelegenheiten niemals in der chinesischen Presse und im chinesischen Rundfunk genannt wurde und daß auch die Regierung Pompidou niemals angegriffen wurde!

Mit anderen Worten, Peking ist nach wie vor an guten Beziehungen mit Paris interessiert. Die gegenwärtigen amerikanisch-vietnamesischen Verhandlungen werden in der chinesischen Hauptstadt mit Zurückhaltung beobachtet. Falls es zu einer Einigung kommen sollte, hofft Mao Tse-tung, sich hier rechtzeitig diplomatisch einschalten zu können. Auch die französische Regierung ist mehr denn je der Meinung, daß der Vietnamkrieg nur durch eine Verständigung der "fünf Großen" beendet werden kann, d.h. Washington, London, Moskau, Peking und Paris.